



Friedrich Ostendorff
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berlin, den 14.12.2009

Wege aus der Krise der bäuerlichen Milchwirtschaft – 10 Thesen zur Diskussion

von Friedrich Ostendorff MdB

1. Die extreme Situation am Milchmarkt stellt uns als Gesellschaft vor eine grundlegende Richtungsentscheidung in der Landwirtschaft: Wollen wir Produktion für den Weltmarkt um jeden Preis oder eine Landwirtschaft, die zur Lösung der Probleme unserer Zeit beiträgt, anstatt sie weiter zu verschärfen?
2. Klimaschutz, Erhalt von Artenvielfalt und Kulturlandschaft, Erhalt von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, Regionalität, gesunde Ernährung, internationale Ernährungssicherheit und Fairness im Agrarhandel sind nur möglich mit einer bäuerlichen und sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltigen Landwirtschaft. Die bäuerliche Milchwirtschaft ist somit nicht ein schönes Relikt der Vergangenheit, sondern eine Forderung unserer Zeit. Das hat u.a. der Weltagrarbericht deutlich bestätigt.
3. Die aktuelle Auseinandersetzung um die Milch ist eine Auseinandersetzung um die europäische Agrar- und Marktpolitik insgesamt. Es geht darum, wie sich die Politik der EU auf die Situation der Bäuerinnen und Bauern bei uns und in den Entwicklungsländern, auf das Recht auf Nahrung und die Qualität von Nahrung, auf Tierschutz, biologische Vielfalt und lebenswerte ländliche Räume auswirkt.
4. Die Krise in der Milchwirtschaft betrifft damit die Gesellschaft als Ganzes und erfordert eine breite gesellschaftliche Diskussion. Milchbäuerinnen und Milchbauern sind auf die Straße gegangen und haben damit diese gesellschaftliche Diskussion aus der Landwirtschaft heraus eröffnet. Politik, Verbände und Gesellschaft sind nun ihrerseits gefordert, diese Diskussion konstruktiv zu führen anstatt sie zu tabuisieren oder gezielt zu diskreditieren.
5. Milchbäuerinnen und Milchbauern haben das Meinungsmonopol des Deutschen Bauernverbandes innerhalb der Landwirtschaft aufgebrochen und damit den überfälligen Schritt zu mehr Pluralismus in der landwirtschaftlichen Diskussion eingeleitet.

6. Milchbäuerinnen und Milchbauern haben ein neues Kapitel in der Agrarpolitik aufgeschlagen. Ihre marktorientierten Vorschläge sind das Konstruktivste, was zur Lösung der extremen Probleme am Milchmarkt bislang vorgebracht wurde. Sie fordern keine Subventionen, sondern das Recht auf Gestaltung ihrer Arbeit und ihres Wirtschaftens statt der Abhängigkeit vom Staat oder von Marktmonopolisten auf der Molkereiseite.
7. Das Dogma des „Wachse oder Weiche“ und eine Strategie der betrieblichen und regionalen Konzentration der Milcherzeugung hin zu einer industriellen Ausprägung haben die Landwirtschaft in eine gefährliche Sackgasse geführt. Die Milchbäuerinnen und Milchbauern stellen dem unter dem Motto „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ ein nachhaltiges Zukunftsmodell bäuerlicher Landwirtschaft entgegen.
8. Die Milchpolitik der Bundesregierung ist eine Politik der negativen Extreme: Einerseits planlose Subventionsverteilung, andererseits blanker Neoliberalismus. Wir Grünen sind hingegen der Meinung, dass es die originäre Aufgabe der Politik ist, rechtliche und politische Rahmenbedingungen für ein faires Miteinander in der Gesellschaft zu schaffen. Wir unterstützen die Forderung der Bäuerinnen und Bauern an die Politik, eben diese Rahmenbedingungen für den Milchmarkt zu schaffen.
9. Um der akuten Existenzbedrohung vieler Milchbetriebe zu begegnen, müssen Bund und Länder ihre Blockadehaltung aufgeben und die von der EU-Kommission eröffneten Möglichkeiten nutzen, um die Milchmenge am Markt kurzfristig zu reduzieren und damit die Milchpreise zu stabilisieren und kostendeckende Erzeugerpreise zu erreichen. Die Reduzierung der Milchmenge am Markt ist der einzige Weg zur Stabilisierung der Erzeugerpreise, wenn nicht die öffentlichen Haushalte über Gebühr belastet werden sollen.
10. Eine flexible Mengenregulierung am Milchmarkt in Erzeugerhand stellt eine zeitgemäße Alternative zum starren und bürokratischen EU-Quotensystem dar. Die konstruktiven Vorschläge aus der Bauernschaft für ein marktorientiertes Milchmengensteuerungssystem nach Auslaufen der Milchquote 2015 müssen diskutiert und entwickelt werden. Dem darf sich die Bundesregierung nicht weiter aus ideologischen Gründen verschließen.

Kontakt:
Büro Friedrich Ostendorff MdB
Deutscher Bundestag
Fraktion Bündnis 90/Grüne
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
030-227-77050
friedrich.ostendorff@bundestag.de
www.friedrich-ostendorff.de